



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Oktober 2012

Wer bestellt, bezahlt?

Im Jahr 2002 wurde das Konnexitätsprinzip Gesetz, das heißt Leistungen, die fortan durch Bundes- oder Landesgesetzgeber auf die Landkreise übertragen wurden, sollten in entsprechender Höhe auch mit einer Zuweisung an Finanzmitteln einhergehen. Wie eine aktuelle Zusammenstellung des Kreis-Kämmerers Carsten Müller belegt, haben die Kreise bei dieser Regelung schlecht abgeschnitten. Mehraufwendungen in Höhe von 37,5 Mio € wurden durch gesetzliche Regelungen hervorgerufen, ohne dass gleichzeitig die Finanzierung sichergestellt war. Wäre das Konnexitätsprinzip vollständig angewandt worden, würde das jahresbezogene Defizit von 77,8 Mio € im Jahr 2011 im Kreishaushalt nur 40,2 Mio € betragen.

Selektives Schulsystem kontra Inklusion

Grundsätzliches brachte der Leiter des Staatlichen Schulamtes Offenbach, Dr. Peter Bieniussa, in einem Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion zur Sprache. Gemeinsames Lernen sei trotz unterschiedlicher Begabungen ein wichtiger Baustein für erfolgreiche Schulkarrieren. Das selektive Schulsystem, das nach vier Jahren schon beginne „auszusortieren“, das heißt Kinder auf die weiterführenden Schulen aufzuteilen, sei auf ein Umsetzen der Inklusion nicht gut eingestellt. Denn

frühes „Ausortieren“ und Inklusion widersprechen sich, so Bieniussa.

Konkret konnte er berichten, dass das Staatliche Schulamt für das Schuljahr 2012/2013 Entscheidungen in 378 Verfahren für inklusiven Unterricht gefällt habe. 19 Anträge mussten wegen mangelnder Ressourcen abgelehnt werden. Widersprüche und Klagen habe es nicht gegeben.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich über die Umsetzung der Inklusion in den vom Land Hessen zur Modellregion erklärten Grund- und weiterführenden Schulen in Mühlheim und Obertshausen über die konzeptionelle Ausrichtung der Schulen und die konkrete Ausgestaltung des Schulalltags in diesem Monat noch eingehender informieren. Besuche in der Brüder-Grimm-Schule in Mühlheim und der Waldschule in Obertshausen sind schon vereinbart.

Inklusive Pädagogik ist ein pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung der Diversität (Vielfalt) in der Bildung und Erziehung ist. Der Begriff leitet sich ab vom lateinischen Verb *includere*:

beinhalten, einschließen, einsperren, umzingeln. Befürworter der Inklusion betrachten Heterogenität als normale, reguläre Gegebenheit. Erhebungen zeigen, dass Heterogenität auch statistisch eine Realität ist: so hat z. B. mittlerweile jedes dritte Grundschulkind in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Inklusive Pädagogik ist damit ein Gegenmodell zur Exklusion, mit deren Ziel der Findung und Bildung homogener bzw. homodoxer Lerngruppen mit einer separierenden, segregierenden, stigmatisierenden sowie selektierenden und auseinanderdividierenden Pädagogik.

Mit Thesen wie *Es ist normal, verschieden zu*



sein, Vielfalt macht stark oder Jedes Kind ist besonders bzw. Alle sind behindert geht sie über den in der in diesem Zusammenhang häufig zitierten [UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) gebrauchten Begriff der Inklusion weiter hinaus und wird als Aufgabe mit Folgen für die gesamte Gesellschaft gesehen. Quelle: Wikipedia

Kreis steht weiterhin zur Regionaltangente West

Die bisherigen Gesellschafter der RTW-Planungsgesellschaft wollen die Planungen gemeinsam fortsetzen und finanzieren. Allerdings soll die Gesellschaft auf "breitere Beine" gestellt werden. Deshalb sollen im kommenden Jahr die Kommunen, die Anlieger der Regionaltangente West werden, an deren Finanzierung beteiligt werden. Im Kreis Offenbach sind dies Neu-Isenburg, Dreieich und Rödermark.

Ob der Planung dann auch eine Realisierung folgen wird, steht allerdings noch in den Sternen. Rot-Grüne Regierungen in Wiesbaden und Berlin könnten der Garant für die Finanzierung werden.

Kreisfinanzen weiter unter Druck

In einer ganztägigen Tagung wurden die wesentlichen Eckdaten des Haushaltes



2013 von der SPD-Fraktion diskutiert. Das jährliche Defizit wird geringer sein als im Jahr 2012. Der „Turn-around“ sei geschafft, stellte Fraktions-

vorsitzender Werner Müller abschließend fest.

Forschungsprojekt in Langen untersucht Rückstände von Arzneimitteln im Abwasser

Rückstände von Arzneimitteln im Abwasser, die in den Kläranlagen bisher nicht komplett entfernt werden und dadurch in Gewässer gelangen können, stehen im Verdacht, bei Fischen oder Fröschen biologische Veränderungen hervorzurufen. Vielleicht, so eine Vermutung von Wissenschaftlern, gibt es einen Zusammenhang mit typischen Zivilisationskrankheiten. Das verdeutlicht die Bedeutung eines Forschungsvorhabens, das derzeit in der Kläranlage des Abwasserverbandes Langen/ Egelsbach/ Erzhausen in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Darmstadt und mit finanzieller Unterstützung des Landes Hessens betrieben wird. Kostenumfang für das insgesamt 24 Monate laufende Projekt beträgt rund 270 000 €.

„Aufgrund immer weiter verfeinerter Messverfahren lassen sich inzwischen auch winzig kleine Mengen von Arzneimittelrückständen, aber auch von Haushalts- und Pflegemittelrückständen, nachweisen. Aber auch sie können große Auswirkungen auf das Ökosystem haben“, erläuterte Werner Hötzel, Geschäftsführer des Abwasserverbandes Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion bei einem Besuch Mitte September.

Auch wenn es für die Entfernung solch minimaler Rückstände noch keinen gesetzlichen Zwang gebe, seien EU-weite Auflagen absehbar. „Wir wollen uns rechtzeitig für die Zukunft wappnen und unsere Anlagen frühzeitig auf künftige Reinigungserfordernisse ausrichten“, betonte Hötzel. In Deutschland seien knapp 3.000 verschiedenen Arzneimittelwirkstoffe in annähernd 10.000 Präparaten zugelassen.



In der Kläranlage nahe Schloss Wolfsgarten probieren die Wissenschaftler unterschiedliche Verfahren aus. Im Kern geht es darum, die Spurenstoffe an Aktivkohle anzulagern und dadurch zu entfernen. Ziel ist ein Reinigungsgrad der Abwässer, der eine dem Trinkwasser vergleichbare Qualität liefert.

„Denn ähnliche Filterverfahren werden von den Wasserwerken bereits genutzt. Beim Trinkwasser, das aus den Leitungen fließt, besteht die Problematik der Spurenstoffe deshalb nicht. Es kann ohne Bedenken getrunken werden,“ versichert Werner Hötzel.

Mehrere Hundert Schulschwänzer im Kreis

Mit Bußgeldverfahren begegnet das Staatliche Schulamt Offenbach der beträchtlichen Zahl von Schulschwänzern in Stadt und Kreis Offenbach. Insgesamt 400 bis 500 Verfahren werden jährlich eingeleitet, Zweidrittel davon betreffen Schulschwänzer im Landkreis. Die hohe Zahl überraschte die Mitglieder der Arbeitskreise Schule und Soziales der SPD-Kreistagsfraktion auch deshalb, weil insbesondere die Grundschulen verpflichtet sind, bei den Eltern anzurufen, falls ein Kind nicht zum Unterricht erscheint.

Aus Sicht des Schulamtes reagieren immer noch nicht alle weiterführenden Schulen sensibel genug auf das Schulschwänzen. Als nachhaltig wirksam habe sich, so der Leiter des Staatlichen Schulamtes Dr. Peter Bieniussa im Gespräch mit den Arbeitskreisen, in der Stadt Offenbach auch ein polizeiliches Zuführungskonzept erwiesen, das sich aber auch abnutze.

Die Mitarbeit des Elternhauses ist

entscheidend. Ohne das Elternhaus lasse sich nichts erreichen. Weil auch die Ursachen von Schulschwänzen vielfältig seien, könne es kein standardisiertes Vorgehen geben, es müsse, so Bieniussa, im Einzelfall entschieden werden.

Fragestunde im Kreistag ein Flop

Dreimal hatten die Bürgerinnen und Bürger des Kreises bisher die Möglichkeit vor der Sitzung des Kreistages in einer Fragestunde Fragen an den Kreisausschuss zu stellen. In der ersten Fragestunde nutzte ein Bürger die Möglichkeit, die beiden nächsten fielen aus, weil kein Fragesteller morgens um 8:30 Uhr den Weg ins Kreishaus gefunden hatte. Zunächst ein Jahr soll der Versuch mit dieser Art von Bürgerbeteiligung laufen, dann wird neu entschieden.

Kreisumlage deckt die Ausgaben des Kreises in den Kommunen nur teilweise

Rund 203 Mio € Kreis- und Schulumlage zahlen die Kommunen des Kreises Offenbach insgesamt im Jahr 2012 in die Kreiskasse ein.

In die Kommunen zurück fließen durch Sozialhilfe, Jugendhilfe, Schulen usw. aber 379 Mio €. Verbucht man die Kreisschlüsselzuweisungen in Höhe von rund 40 Mio € auch als Last der Kommunen verbleiben immer noch 403 € pro Bürger, die der Kreis in jeder Kommunen ausgibt.

So erreichen Sie uns:
SPD@Kreis-Offenbach.de

Der nächste Newsletter erscheint am 9.12.2012